(Frau Vizepräsident Friebe)

- (A) Zu Ihrer Information: Es folgt noch die Schlußabstimmung über Einzelplan 07. Dann rufe ich den Einzelplan 08 auf. Das heißt, daß wir nach dessen Beratung über die Einzelpläne 05 und 06 abstimmen werden.

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekanntgeben: Mit Ja haben 81 Abgeordnete der CDU, mit Nein 119 Abgeordnete der SPD gestimmt. 13 Abgeordnete der F.D.P. haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 07. Wer dem Entwurf entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/727 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke sehr. Enthält sich jemand der Stimme? - Einzelplan 07 ist mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P. so beschlossen.

Ich rufe jetzt auf:

Einzelplan 08: Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Auch hier verweise ich auf die Beschlußempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses.

- (B) Ich eröffne die Beratung in zweiter Lesung und darf Frau Abg. Thoben für die Fraktion der CDU das Wort erteilen. Bitte schön!

Frau Thoben (CDU): Frau Präsidentin - -

Frau Vizepräsident Friebe: Einen Moment, Frau Thoben.

Bitte, wenn Sie den Saal jetzt verlassen sollten, tun Sie es bitte ruhig. Ich denke aber, auch das, was die Frau Abg. Thoben zu sagen hat, ist für uns alle interessant. Bitte hören Sie zu.

(Beifall bei der CDU)

Frau Thoben (CDU): Vielen Dank, Frau Präsidentin.

(Dr. Pohl (CDU): Frauen unter sich!)

Meine Damen und Herren! Der Etat des Wirtschaftsministers ist der Teil der Landeswirtschaftspolitik, der nach der Auffassung der Landesregierung durch Ausgabepositionen darstellbar ist.

Meine lieben Kollegen von der SPD, machen Sie sich das klar, wenn Sie Ihre kraftvollen Reden zum Subventionsabbau draußen im

(C) Lande halten: Dieser Etat ist ein reiner Subventionsetat. Dieser Etat läßt sich nur beurteilen vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Lage des Landes und der absehbaren Aussichten bezüglich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung. Doch darüber besteht in der Landesregierung eine völlig diffuse und gegensätzliche Vorstellung. Das konnte nicht ohne Einfluß auf den Etat bleiben und ist es auch nicht geblieben.

Unstreitig ist derzeit nicht einmal mehr, ob Konjunktur und Beschäftigungszunahme nun allmählich auch das Land erreicht haben, allerdings schwächer als bundesweit. Daß sie das Land erreicht haben, stellt der Wirtschaftsminister in Presseverlautbarungen dar. Die amtlichen Zahlen sprechen auch dafür. Gleichzeitig geht der Ministerpräsident in Ahlen trotz Zunahme der Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen als Folge der guten Bundespolitik her und behauptet, das größte Hindernis auf dem Wege zur Überwindung der Arbeitslosigkeit sei die Bundesregierung.

(Maedge (SPD): Das stimmt! Das ist richtig!)

(D) Die nächste Anmerkung! Hinkt nun Nordrhein-Westfalen hinter anderen Bundesländern her, oder stimmt das gar nicht? Der Ministerpräsident hat vor der Friedrich-Ebert-Stiftung 34 Seiten lang den Versuch unternommen, unsere Ausarbeitung über ein strukturelles Nachhinken Nordrhein-Westfalens gegenüber anderen Bundesländern zu widerlegen mit der Konsequenz: Da für die SPD nicht Wirklichkeit, sondern Vorurteil zählt, fallen Politik und Etat entsprechend dem Bild, das sich die Landesregierung von der Wirklichkeit macht, aus.

Noch in der Regierungserklärung heißt es - ich zitiere wörtlich -:

Motor der ökonomischen Erneuerung sind vor allem die vielen kleinen und mittleren Unternehmen im Handwerk, im Handel, in der Industrie und in den freien Berufen. Wir wollen ihre Innovationskraft und Kreativität fördern. Wir wollen ihre Chancen verbessern. ...Wir haben mit dem Programm "Zukunftstechnologien" neue Akzente gesetzt. Obwohl dieses Programm gerade erst ein Jahr alt ist, gibt es schon erste Kristallisationspunkte.

Das steht in der Regierungserklärung.

Und was steht im Etat '86? Im Etat '86 stehen für die Handwerkswirtschaft ganze 3,43 Millionen DM - für das gesamte Handwerk mit 140 000 Betrieben, fast einer Million Be-

(Frau Thoben (CDU))

- (A) schäftigten und ca. 90 Milliarden DM Umsatz. Praktisch können überhaupt keine neuen Ansätze zur ökonomischen und ökologischen Erneuerung in unserem Lande daraus finanziert werden.

Aber was weitaus gravierender ist: Die Weigerung der Landesregierung, unsere Ansätze im Bereich Städtebauförderung und Krankenhausfinanzierung mitzutragen, bedeutet bewußtes Kappen von möglichen Aufträgen für die mittelständische Wirtschaft.

(Zustimmung bei der CDU)

Was das Programm "Zukunftstechnologien" angeht - das war ja einmal jährlich mit 60 Millionen DM, pressemäßig weit gestreut, angekündigt -: Der Haushalt 1986 kürzt eben dieses "Herzstück" der technologischen Erneuerung um sage und schreibe 75 Prozent, 75 Prozent! Anspruch und Wirklichkeit!

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, in den letzten Tagen ist Ihnen allen ein neuerlicher Beleg für die nicht zuletzt durch die SPD-Landesregierung zu verantwortenden Wachstumsverluste zugänglich gemacht worden: Der Jahresbericht der Landeszentralbank weist aus, daß das Bruttoinlandsprodukt an Rhein und Ruhr um 1,7 Prozent gewachsen ist, bundesweit dagegen um 2,6 Prozent. Das mögen Sie noch nicht für besonders beunruhigend halten. Deshalb will ich es umrechnen: Diese Wachstumsdifferenz bedeutet einen Wachstumsverlust von 4,3 Milliarden DM.

(B)

(Nagel (CDU): Hört, hört!)

Das bedeutet - wenn man ansetzt, daß ein Arbeitsplatz 100 000 DM kostet - den Verlust von 43 000 Arbeitsplätzen in einem Jahr.

(Zustimmung bei der CDU)

Was das Wandern von Norden nach Süden angeht, so gibt es auch dazu eine neue Studie, in der steht: ohne Arbeitsplatzangebot gäbe es keine Nord-Süd-Wanderung. Sind Sie denn für das Arbeitsplatzangebot hier im Land gar nicht verantwortlich? Sie regieren hier seit fast 20 Jahren! Anderswo nehmen die Arbeitsplätze und offenen Stellen laufend zu. Das ist die Wahrheit!

(Elfring (CDU): Liegt alles an Bonn!)

Derzeit zum Beispiel hat das Land Nordrhein-Westfalen - an der Bevölkerung gemessen - einen Anteil von rund 27 Prozent.

Der Anteil an den Arbeitslosen liegt bei 30 Prozent. Aber was noch gravierender für die wirtschaftliche Perspektive in diesem Land ist - und für die Perspektive, die Sie den Arbeitslosen bieten -, das ist, daß der Anteil des Landes an den offenen Stellen ganze 20 Prozent erreicht, also weit hinter dem Bevölkerungsanteil unseres Landes zurückbleibt.

(C)

Wir hinken hinterher. Die Ursachen für das Versagen der Landeswirtschaftspolitik sind vielfältig. Ich kann hier im Zusammenhang mit dem Haushalt - da wir uns speziell mit den Ausgabepositionen befassen wollen - nur einige kurz andeuten. Zum Beispiel, Herr Loke Mernizka, kann man ja wohl Stahlstandorte nicht mit dem Hinweis auf das Instrument der regionalen Wirtschaftsförderung abspeisen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir haben das hier verschiedentlich vorgelesen. Sie werden nicht müde, das wie eine Gebetsmühle als einzige Antwort anzubieten!

Wo bleiben Ihre Ideen, die dann ihren Niederschlag im Landeshaushalt finden könnten, für den Beitrag der großen Unternehmen? Wo bleiben Ihre Ideen zur Modernisierung der Großen, zum Beitrag der Großen für die Umstrukturierung unseres Landes?

(Mernizka (SPD): Sie haben den Stahl schon abgeschrieben!)

(D)

- Das stimmt einfach nicht! Kleine und mittlere Unternehmen - vielleicht hören Sie sich das auch noch einmal an -, die überhaupt in den Genuß der Segnungen der angeblich mittelstandsfreundlichen Politik in unserem Land kommen wollen - wissen Sie, was die brauchen? Fragen Sie einmal bei der WestLB nach; die haben uns das gestern abend erklärt: ein Computerprogramm, um die optimale Förderung überhaupt noch erkennen zu können!

(Zustimmung bei der CDU)

Das ist doch eine Perversion der Wirtschaftsförderung, wenn sie computergestützte Rechner brauchen, um sich in dem Wust zurechtzufinden.

(Mernizka (SPD): Nein, nein!)

Das ist doch keine Hilfe. Wir brauchen eine grundlegende Auffrischung mit neuen Ideen. Straffung und Transparenz der Förderung ist notwendig. Die Landesregierung kommt diesen - -

(Maedge (SPD): Alles Plattheiten!)

(Frau Thoben (CDU))

- (A) - Also, Sie scheinen das ja dumpf genauso zu empfinden wie ich.

(Zustimmung bei der CDU - Maedge (SPD): Das gibt es in jedem Bundesland; das haben Sie überhaupt nicht begriffen!)

- Also, Herr Maedge, dumpf scheinen Sie eine Ahnung davon zu haben, daß es so ist, denn wie wäre es sonst erklärbar,

(Nagel (CDU): So ist es!)

daß ZENIT die Landesregierung bei der Fortentwicklung ihres Förderinstrumentariums beraten muß? Stellen Sie sich einmal diese Metamorphose dieser Einrichtung vor! Sie haben mittelständische Unternehmen damit geködert, sie könnten dort technisches Wissen erlangen. Und was finanzieren die? Eine Außenstelle des Wirtschaftsministeriums, weil die Verwaltung versagt!

(Zustimmung bei der CDU - Maedge (SPD): Quatsch!)

- Natürlich! In der Pressemeldung des Wirtschaftsministers bei der Vorstellung seines neuen Programms "Technologieassistenten" steht: Nach langer intensiver Vorarbeit - und das sei eine der Hauptaufgaben von ZENIT in den letzten Monaten gewesen - hätte diese Einrichtung der Landesregierung diesen Vorschlag für ein neues Förderprogramm gemacht. Erklären Sie das den mittelständischen Unternehmen, die Sie mit völlig anderen Absichten in diese Einrichtung geholt haben.

(B)

(Tschöeltsch (F.D.P.): Und dem Ausschuß!)

Eine sehr seltsame Metamorphose! - Herr Tschöeltsch, "und dem Ausschuß" haben Sie zu Recht dazwischengerufen.

Wir haben nichts gegen die Idee der Technologieassistenten bzw. Innovationsassistenten. Die Landesregierung gibt selber zu, daß sie die Erfahrungen Berlins nutzt. Nur wie fast immer: Die Imitation ist schlechter als das Original.

(Zustimmung bei der CDU)

Das hat vier Gründe. Erstens: Wie immer traut die Landesregierung sich zu, bei einem Volk von 17 Millionen landesweit eine einzige Stelle in Mülheim/Ruhr in einer kleiner Villa mit dieser Aufgabe zu betrauen. Diese soll also an sämtlichen Hochschulen des Landes - anders kann ich das ja wohl nicht verstehen - die Leute suchen, die sich für so

etwas eignen, und landesweit auch noch die Unternehmen, die diese dann nehmen. (C)

(Rohe (SPD): Sie lügen wider besseres Wissen, Frau Thoben!)

- Entschuldigung, der Wirtschaftsminister hat das so angekündigt! Wenn Sie mehr wissen, dann sind Sie informiert worden, wir nicht!

(Zustimmung bei der CDU)

Zweiter Punkt: Die Erfahrungen in Berlin waren ja gerade, daß man die Leute vor dem Examen, in Diplomarbeiten, bereits mit Aufgaben aus Unternehmen betraut hat, um die Schwellenangst zu senken. Wie ich den Pressemeldungen des Wirtschaftsministers entnehmen kann, werden Hochschulabsolventen bis zu einem Jahr nach Abschluß ihres Studiums für diese Aufgabe gesucht. Zum einen ist es dann schon ein bißchen schwierig, die Schwellenangst zu senken, aber was viel schlimmer ist: Mir ist im Moment noch nicht klar, ob sie überhaupt eine Ausnahmegenehmigung haben, um Arbeitsvermittlung betreiben zu dürfen. Sie verteidigen doch sonst das Monopol der Arbeitsverwaltung so stark! Gibt es schon einen Antrag? Wie geht das eigentlich?

Wir hätten Ihnen diese Fragen gerne dann gestellt, wenn Sie mit uns dieses Programm überhaupt beraten hätten.

(Maedge (SPD): Wieso stellen Sie keinen Antrag?) (D)

- Wir brauchen doch keinen Antrag zu stellen! Wir haben Haushaltsberatungen gehabt, Herr Maedge: Ich habe im Ausschuß nach Absichten der Landesregierung in diesem Bereich gefragt, und ich habe ausweichende Antworten bekommen. Das hat die SPD so aufgeschreckt, daß der Wirtschaftsminister seine Pressekonferenz verschieben mußte, um wenigstens die SPD zu informieren. Und dann hat er am Ausschuß vorbei ein Programm mit finanzieller Ausstattung vorgestellt, von der wir heute noch nicht wissen, aus welchem Topf sie kommt!

(Lebhafte Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Maedge (SPD): Alles Halbwahrheiten!)

Schade, daß der Ministerpräsident nicht hier ist. Das war kein Dialog, das war keine Beratung mit der Opposition über neue Vorhaben, das war nicht einmal Information - das war Arroganz der Macht und Mißachtung des Parlaments.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Maedge (SPD): Die CDU spendet auch noch Beifall!)

(Frau Thoben (CDU))

- (A) Ich muß den Ministerpräsidenten fragen, ob das die gefestigte Moral in der Politik ist, mit der Sie gegen den "schleichenden Verfall des politischen Anstandes" angehen wollen.

(Maedge (SPD): Es reicht langsam!
- Zuruf des Abg. Kenn (SPD))

Ich frage das, weil dieses ein Beispiel kein Einzelfall ist, Herr Kenn.

(Maedge (SPD): Jetzt reicht es langsam!)

Es ist kein Einzelfall. Wir haben hier im Landtag eine Debatte über die Auswirkungen steigender Energiepreise geführt, und wir haben eine Beratung im Ausschuß über die für unser Land, für große und kleine Unternehmen existentiellen Fragen haben wollen: Sie haben das hier abgewürgt; Sie haben nicht einmal einer Überweisung an den Ausschuß zugestimmt!

(Lebhafte Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Maedge (SPD): Unausgegorenes Zeug! - Dr. Biedenkopf (CDU): Es stimmt alles!)

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt nennen! In der letzten Ausschußsitzung, als wir Anträge beschließen mußten, kam die SPD mit einem Antrag zur Förderung der Filmwirtschaft mit einem völlig neuen Titel. Auf unser Befragen gab sie zu, daß selbstverständlich dafür intensive Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuß notwendig seien, nicht nur wegen der Beträge, sondern weil auch eine Änderung des Haushaltsgesetzes nach ihrer Auffassung notwendig sei, und daß inhaltlich eine sehr eingehende Beteiligung des Kulturausschusses bei der SPD stattgefunden habe. Sie haben uns diesen Antrag zu einem Zeitpunkt zugänglich gemacht, zu dem wir diese Aussprache in unserer Fraktion nicht mehr führen konnten! Ich habe Sie darauf aufmerksam gemacht; es hat Sie von Ihrem Vorhaben nicht abgebracht.

Wissen Sie, man kann jetzt immer sagen: Wir haben die Mehrheit, quasseln Sie ruhig! - Nur, ich werde nicht aufhören, die Öffentlichkeit über dieses Ihr Verhalten zu informieren.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Mernizka (SPD): Die hat bisher nicht auf Sie gehört, und die wird auch jetzt nicht auf Sie hören. Dazu muß man nämlich Vorschläge bringen und nicht nur Kritik!)

Erlauben Sie mir eine kurze Anmerkung zur Messeförderung des Landes. Auch hier haben

wir die Idee begrüßt. Wir haben uns immer dafür eingesetzt, das auszuweiten; viele andere, CDU-regierte Länder sind da mit sehr gutem Beispiel vorangegangen. Aber wir haben auch angemahnt und tun das hier zum wiederholten Male, daß wir ein geregeltes Verfahren für die Auswahl der Messen vermissen. Es kann nicht so sein, daß der Ministerpräsident nach Österreich fährt und als Morgengabe eine Messe verspricht. Die Unternehmen finden sich dann auf einer Messe wieder, wo die Kunden, die sie suchen müßten, noch nicht einmal als Gäste erscheinen.

Es kann auch nicht so sein: Wir begrüßen zwar die Absicht, in Tokio eine Leistungsschau durchzuführen

(Maedge (SPD): Moskau!)

- Entschuldigung, Moskau! -; aber ist wirklich der Zeitpunkt ideal, nämlich der Zeitpunkt, zu dem sich alle Russen im Sommerurlaub befinden?

(Mernizka (SPD): Ach Gott, ach Gott! Hör doch auf!)

- Es kann ja sein, daß das für Sie alle unwichtig ist. Unserer Auffassung nach gibt es Sinn, fachlich kompetente Leute bei der Auswahl zu beteiligen,

(Beifall bei der CDU)

und zwar frühzeitig in einem geregelten Verfahren!

(Widerspruch der Abgeordneten Mernizka und Maedge (SPD))

- Wenn Sie das nicht stört, machen Sie nur so weiter! Uns stört das, und wir werden laufend darauf hinweisen!

(Mernizka (SPD): Bisher haben Sie im Ausschuß nichts dazu gesagt. Jetzt machen Sie hier eine Schau!)

- Ja, ja.

Meine Damen und Herren, im Vorfeld dieser Haushaltsberatungen gab es eine öffentliche lautstarke Auseinandersetzung zwischen einigen Ministern und der Bundesregierung über die Finanzierung der Kohlepolitik. Wir geben zugegebenermaßen sehr viel für den deutschen Steinkohlebergbau aus: im Jahre 1984 rund 5,3 Milliarden DM, davon 3,3 Milliarden DM aus öffentlichen Kassen, und 2 Milliarden DM zahlen die privaten Verbraucher über den Kohlepfennig. An

(C)

(D)

(Frau Thoben (CDU))

- (A) dieser Finanzierung beteiligt sich das Land nach Auskunft von Herrn Posser mit 1 Milliarde DM. Nun signalisieren Sie, dies würde das Land überfordern. Herr Farthmann sagt sogar, wir müßten aus der Kohlefinanzierung aussteigen.

(Maedge (SPD): Wenn sich das so weiterentwickelt, hat Posser gesagt!)

In der Regierungserklärung heißt es noch:

Die Landesregierung ist auch in Zukunft bereit, ihren Anteil bei der Kokskohlebeihilfe zu tragen.

(Maedge (SPD): Ja!)

Es interessiert die Menschen im Land, was nun gilt.

(Zurufe von der SPD)

- Nein, wissen Sie, Herr Mernizka: Anspruch und Wirklichkeit haben ihre Bedeutung auch in der Kohlepolitik. Was besteht denn da als angebliche Sonderlast? Die Ausgaben für den deutschen Steinkohlebergbau erreichen, am Landeshaushalt gemessen, noch nicht einmal 2 %. Wollen Sie allen Ernstes weiter die Behauptung aufrechterhalten, das wäre die Ursache für die katastrophale Finanzlage des Landes?

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

- (B) An sich liegt es mir auf der Zunge, eine Querverbindung zur Schulpolitik herzustellen.

(Maedge (SPD): Sagen Sie doch einmal, was Sie wollen!)

- Herr Maedge, es kann doch nicht so sein, daß man die ganze Bundesrepublik verrückt macht und den Konsens in der Kohlepolitik gefährdet,

(Maedge (SPD): Sie gefährden ihn!)

indem man behauptet: 2 % des Landeshaushalts machen uns kaputt!

(Zustimmung bei der CDU)

Wissen Sie, ich will Ihnen gerne unsere Position zur Kohlepolitik sehr deutlich vortragen. Wir hätten nach den Äußerungen in der Öffentlichkeit gern eine Klarstellung von der Landesregierung gehört. Sie hat darauf verzichtet. Deshalb mache ich hier für meine Fraktion drei höchst offizielle Anmerkungen zu unserer Position zur deutschen Steinkohle.

(Maedge (SPD): War das andere inoffiziell?)

(C) Erstens: Wir stellen ausdrücklich fest, daß wir eine Mitfinanzierung des Steinkohlebergbaus durch das Land Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft - auf absehbare Zeit - insbesondere aus regionalwirtschaftlichen Gründen für notwendig und geboten halten.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens: Wir werden daran arbeiten, den Konsens in der Kohlepolitik im Konzert der Bundesländer zu erhalten;

(Zustimmung bei der CDU)

das heißt: Wir stehen zu der Kombination von Steinkohle - Kernenergie einschließlich Entsorgung. Ich kann Sie, meine lieben Kollegen von der SPD,

(Frau Rauterkus (SPD): Kolleginnen sind auch hier!)

nur bitten, auch den letzten Teil mitzuvollziehen, wenn Ihnen Ihr Gelaber für die Kohle ernst ist.

(Beifall bei der CDU)

Dritte Anmerkung: Die aktuelle Ölpreis-situation ist für uns kein Anlaß, eine längerfristig angelegte Energiepolitik zu ändern.

(Zustimmung bei der CDU)

(D) Die Landesregierung scheint sich dem Steinkohlebergbau - was seine zukünftige Entwicklung angeht - nicht sonderlich verpflichtet zu fühlen.

(Zurufe von der SPD)

- Nun warten Sie doch. - Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung gesagt - ich zitiere -:

Der Bund darf nicht weniger, er muß mehr in die Zukunft der deutschen Steinkohle investieren.

Herr Kenn, was ist denn "Zukunft der deutschen Steinkohle", wenn nicht auch Kohlefor-schung?

(Zustimmung bei der CDU)

Was haben Sie denn im Landeshaushalt gemacht? Sie haben Forschungsvorhaben im Bereich Grubensicherheit, Gesundheitsentwicklung und Technik unter Tage gestrichen,

(Frau Thoben (CDU))

- (A) so daß 100 Forscher um ihren Arbeitsplatz fürchten.

(Zustimmung bei der CDU - Maedge (SPD): Billige Polemik! Für 1986 steht für alle Projekte genügend Geld bereit!)

- Sie wissen genau, daß das so ist.

(Maedge (SPD): Was ist denn im Haushalt? Ist da eine Mark weniger drin?)

Meine Damen und Herren, dies ist wirklich nicht unser Haushalt. Er ist durch einzelne Reparaturen nicht zu retten. Wir lehnen ihn deshalb ab.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Das Wort hat Herr Abg. Müller (Mülheim/Ruhr) für die Fraktion der SPD.

Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die zweite Lesung des Etats des Wirtschaftsministeriums bietet sowohl der Opposition als auch der Regierungsfraktion Gelegenheit, anhand konkret vorliegender Anträge aus dem Parlament zur Veränderung des Gesetzentwurfs der Landesregierung grundsätzliche Fragen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik für unser Land zu stellen, dies zu erörtern und die jeweiligen Positionen zu verdeutlichen.

- (B) Die Opposition, die CDU, Sie, Frau Thoben, hat soeben die Gelegenheit benutzt, der Landesregierung ein mit CDU-Handschrift ausgefertigtes Zeugnis für die Wirtschaftspolitik der Landesregierung auszustellen. Das ist sehr laut vorgetragen worden.

Es wird mir erlaubt sein, die Vorstellungen der Opposition zur Wirtschafts- und Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen in meinem Redebeitrag ein bißchen zu kommentieren.

Lassen Sie mich vorab eines bemerken: Meine Damen und Herren, zum Etat des Wirtschaftsministers liegt uns kein einziger Antrag der CDU-Fraktion vor.

(Zurufe von der SPD)

Nun könnte ich es mir einfach machen und feststellen: Die CDU-Opposition stimmt der Wirtschaftspolitik der Landesregierung, die ja ihren Ausdruck in dem Etat des Wirtschaftsministers findet, in allen Punkten zu. Denn wenn Sie, meine Damen und Herren von der CDU, konkrete andere Vorstellungen zur Wirtschaftspolitik des Landes Nordrhein-

Westfalen haben - der Haushaltsplan 1986 hat ja eine Signalfunktion auch für die weitere Zukunft -, dann müßten Sie diese Vorstellungen hier schon in Form von Änderungsanträgen zum Haushalt darlegen. (C)

(Maedge (SPD): Richtig!)

Meine Damen und Herren von der CDU, seit Jahren mahnen wir bei Ihnen konkrete Beiträge an, wenn es darum geht, die Wirtschaftspolitik für unser Land zu formulieren. Wir denken, Sie haben eigentlich auch eine ganz konkrete Bringschuld gegenüber den Bürgern unseres Landes: ihnen zu sagen, was Sie, die CDU, auf dem Felde der Wirtschaftspolitik konkret in diesem Lande wollen oder was Sie verändern wollen. Aber wir müssen feststellen: Es kommt nichts von Ihnen.

Im Wirtschaftsausschuß des Landtages hat es sich die CDU, finden wir, sehr leichtgemacht. Sie hat ausgeführt, der Einzelplan 08, der Haushalt des Wirtschaftsministers, entspreche überhaupt nicht den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der CDU. Aber die CDU war nicht in der Lage darzustellen, wie ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen denn nun konkret aussehen.

Die CDU hat hier heute einige konkrete Beanstandungen vorgenommen. Frau Thoben, Sie haben z. B. davon gesprochen, man müsse den Vorschlägen auf zusätzliche Investitionen, die Sie in bezug auf andere Einzelhaushalte gemacht hätten, entsprechen, um etwa der Bauwirtschaft weiteren Auftrieb zu geben. Das würden wir gerne mittragen, wenn wir zusammen mit Ihnen entsprechende Kostendeckungsvorschläge hätten erarbeiten können. (D)

(Dr. Linssen (CDU): Haben wir doch gemacht, Herr Müller! - Weitere Zurufe von der CDU - Gegenrufe von der SPD)

- Nein, nein, das muß auch machbar sein.

Sie haben weiter davon gesprochen, es gebe immer noch die Nord-Süd-Wanderung. Vielleicht beschäftigen Sie sich einmal etwas damit. Sprechen Sie einmal - darum würde ich Sie wirklich bitten -, soweit Sie Gelegenheit dazu haben, mit größeren als auch kleineren Arbeitgebern in München, in Erlangen, in Karlsruhe, und fragen Sie sie, wie sie ihre zukünftige Arbeitsplatzpolitik - soweit sie das unternehmerisch betreiben - gestalten wollen. Der größte Teil wird Ihnen antworten: Die Kosten der Arbeit und die Nebenkosten in unserem süddeutschen Bereich sind so angelegentlich, daß wir in Zukunft sehr wahr-

(Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD))

(A) scheinlich gerade in Nordrhein-Westfalen Arbeitsplätze werden schaffen müssen.

- Ja, fragen Sie doch den Vorstandsvorsitzenden der Siemens AG einmal konkret danach; er wird Ihnen das sagen. - Sie werden es übrigens auch erleben in diesem Lande; Anfänge dazu sind von den großen Unternehmen bereits gemacht worden.

Sie sagen - um ein anderes Beispiel zu bringen -, mit den Förderprogrammen des Landes sei es eine ganz komplizierte Sache; man brauche dafür jetzt schon Computerprogramme bei der WestLB. - Ja, sehr verehrte Frau Thoben, Sie wissen doch auch, weswegen dieses Programm geschaffen worden ist: nicht etwa wegen der vier oder fünf durchaus übersichtlichen Förderprogramme des Landes Nordrhein-Westfalen, sondern um alle Förderprogramme auf europäischer Ebene und des Bundes, auch der anderen Länder und insbesondere natürlich des Landes Nordrhein-Westfalen zusammenzuführen; das Programm wurde also gemacht, um diese Übersicht zu erreichen, die gegenwärtig leider tatsächlich weithin nicht gegeben ist, weil die Fülle dieser Programme - sieht man sie in ihrer Gesamtheit - sehr groß und vielleicht auch unübersichtlich ist.

(B) Sie haben von ZENIT gesprochen und dies gewissermaßen als eine Außenstelle des Wirtschaftsministeriums dargestellt. Dabei sind Sie, glaube ich, wirklich auf dem Holzwege; das ist nämlich eine Transferstelle zwischen der Privatwirtschaft, der Wissenschaft und der Wirtschaftspolitik des Landes. Ich denke, daß das, was an Innovationsassistenten jetzt Thema in Nordrhein-Westfalen ist - warten wir es ab! -, dort gut mitgestaltet werden kann.

Sie, Frau Thoben, haben sich ja über das Berliner Modell, wenn ich das so sagen darf, in einer Konferenz zusammen mit Herrn Pieroth sehr positiv geäußert.

(Frau Thoben (CDU): Ja, das habe ich auch getan.)

Vielleicht haben wir Gelegenheit, eines - hoffentlich nicht zu fernem - Tages das gemeinsam auch für das nordrhein-westfälische Verfahren tun zu können!

(Dr. Linssen (CDU): Das ist eine Anregung der Opposition; da haben Sie mitgezogen und es aufgenommen. Das ist erfreulich.)

- Sehen Sie! -

(Zurufe des Abg. Schumacher (Kall) und weiterer Abgeordneter der CDU)

(C) - Herr Dr. Linssen, wenn Sie den Eindruck haben - das ist ja so eine Stimmung, die hier erzeugt werden soll; das geschieht wohl schon seit einigen Wochen in verstärktem Maße -, wir von der SPD weigerten uns, Anregungen von anderen aufzunehmen - das ist ja Ihre Verteidigungshaltung, die Sie offensichtlich einnehmen -, dann sind Sie völlig schief gewickelt. Nur, es müssen natürlich auch konkrete Anregungen sein, nicht etwa allgemeine, negative Unterstellungen.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Ich komme nun zu einem weiteren Thema, das Frau Thoben aufgegriffen hat. Sie hat zum Thema "Messen" gesprochen und dabei moniert, hier finde viel zu wenig konkrete Zusammenarbeit mit der Wirtschaft hinsichtlich ihrer praktischen Bedürfnisse statt.

(Frau Thoben (CDU): Das habe ich nicht gesagt! Ich habe vielmehr gesagt, das sei kein geregeltes Verfahren.)

- Ein geregeltes Verfahren! Frau Thoben, Sie wissen doch auch, daß in der Vorbereitung der Messen die Industrie- und Handelskammern und die Wirtschaft durchaus in das Gespräch eingeschaltet sind und daß das nicht sozusagen "auf Zuruf" von irgend jemandem erfolgt, der sagt: Da gehen wir jetzt einmal hin - und das gleichsam als Geschenk irgendwohin mitnimmt.

(Frau Thoben (CDU): Da könnte ich Ihnen durchaus Gegenbeispiele nennen!)

Wenn Sie das Beispiel der Ausstellung in Moskau hier erwähnen,

(Frau Thoben (CDU): Nein, Österreich!)

dann bin ich der Meinung, das ist eine Veranstaltung, die zum richtigen Zeitpunkt stattfindet - zum richtigen Zeitpunkt, nämlich unmittelbar jetzt, wenn die Umsetzung des neuen wirtschaftspolitischen Kurses nach dem Parteitag in der UdSSR beginnt. Davon kann man ausgehen.

(Zurufe von der CDU)

Ich denke, daß der Besuch der Ausstellung in Moskau sehr groß sein wird - Sie werden es ja auch erleben -, insbesondere, weil diese Ausstellung zusammen mit den Sowjets so gut vorbereitet worden ist. Der Besuch des sach- und fachkundigen Publikums, das auf eine solche Ausstellung vor allem Wert legt, wird besonders groß sein, und den Besuch eines solchen Publikums erwarten wir ja auch.

(Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD))

- (A) Die CDU beanstandet die Kürzung beim Programm Zukunftstechnologien. - Zunächst einmal vielen Dank dafür, daß Sie dieses Programm heute - das haben Sie auch letztthin schon einmal getan - mit als das Herzstück der technologischen Erneuerung des Landes bezeichnen.

(Frau Thoben (CDU): Die Landesregierung hat das getan.)

- Das finden wir sehr gut.

(Dr. Linssen (CDU): Wir betreiben keinen Etikettenschwindel.)

- Ja, das haben Sie ja so gesagt. Wir finden es sehr gut, daß Sie auch dieser Meinung sind.

(Heiterkeit und Zurufe von der CDU)

Mit Ihnen vertreten wir die Auffassung - das darf ich aus den Beratungen des Wirtschaftsausschusses noch einmal bestätigen -, daß im Rahmen der gesamten Technologieprogramme des Landes eine verstärkte Integration - darüber sind wir uns wohl einig - herbeigeführt werden muß.

Nun jedoch tragen Sie vor, das Programm Zukunftstechnologien sei gegenüber dem Jahre 1985 um 75 % gekürzt worden. Das ist falsch, Frau Thoben; das stimmt nicht. Richtig ist vielmehr, daß wir nach 107 Millionen DM, die im Haushaltsplan 1985 gestanden haben, und zwar, wie das immer vorgesehen gewesen ist, in den Einzelplänen 06 und 08 - auf diese beiden Etats sind die Mittel ja verteilt -, in diesem Jahr rund 70 Millionen DM an Barmitteln zur Verfügung stellen. Von einer Kürzung um 75 % kann deshalb also keine Rede sein.

(B)

Eines, Frau Thoben, ist auch ganz klar: Diejenigen Teile des Zukunftstechnologieprogramms, die dem Wirtschaftsbereich zugeordnet sind - darüber haben wir uns im Wirtschaftsausschuß aber auch schon unterhalten -, können natürlich viel schneller in Gang gesetzt werden, als dies im Wirtschaftsbereich, bei der Umsetzung auf die Unternehmen, der Fall sein kann. Dies lehren ja auch die Erfahrungen mit entsprechenden Programmen des Bundes oder auch anderer Länder, und unter Sachkennern ist das ganz unbestritten.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Thoben?

(Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD): Aber selbstverständlich!)

- Bitte sehr, Frau Abgeordnete!

Frau Thoben (CDU): Herr Müller, Ihnen ist doch so gut wie mir bekannt, daß die ursprüngliche Planung für den Einzelplan 08 bei dem Programm Zukunftstechnologien jährlich 60 Millionen DM betragen sollte, und zwar Barmittel. Diese Barmittel sind im Haushaltsentwurf 1986 noch mit ganzen 15 Millionen DM enthalten; das ist eine Kürzung um 75 % gegenüber 1985.

(C)

Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD): Frau Thoben, Sie wollen das, glaube ich, nicht zur Kenntnis nehmen: Es handelt sich um ein Programm, das sowohl im Wissenschaftshaushalt wie im Wirtschaftshaushalt etatisiert ist, um ein mittelfristiges Handlungsprogramm. - Da hilft Ihnen Ihr Lachen auch nicht weiter. Darüber werden sich die Bürger unterhalten müssen, wenn Sie so auf Argumentationen eingehen.

(Zuruf der Frau Abg. Thoben (CDU))

Es ist ein mittelfristiges Handlungsprogramm mit einem Billigungsrahmen von 400 Millionen DM; in vier Jahren sollen diese 400 Millionen DM eingesetzt werden. Davon entfallen 240 Millionen DM auf den Etat des Wirtschaftsministers. Es liegt doch die verbindliche Zusage vor, Frau Thoben - die verbindliche Zusage der Landesregierung! -, daß dieser Rahmen im Laufe der vier Jahre auch voll in Anspruch genommen werden kann - und voll in Anspruch genommen wird.

Bereits jetzt sind 75 % dieses Rahmens von 240 Millionen DM für den Einsatz im Wirtschaftsbereich fest eingeplant. Von Abstrichen an diesem Programm im Zeitrahmen von 1985 bis 1988 kann also deshalb überhaupt keine Rede sein.

(D)

Anders als im Wirtschaftsausschuß hat sich Frau Thoben in "Landtag intern" konkreter zu ihren Vorstellungen über Akzentsetzungen bei Wirtschaftsförderungsmaßnahmen des Landes geäußert. Nur, zu all diesen Akzenten ist die CDU in den Haushaltsberatungen konkrete Anträge schuldig geblieben.

Sie fordern zusätzliche Maßnahmen im Außenhandelsbereich, nehmen aber nicht zur Kenntnis, daß die Landesregierung in Umsetzung der Regierungserklärung gerade im Bereich Außenwirtschaft einen neuen zusätzlichen Akzent im Haushalt gesetzt hat. Dazu gehört die Landesausstellung in Moskau, die ich schon erwähnt habe, und dazu gehören natürlich auch die jetzt stattfindenden Gespräche der Wirtschaft mit dem Wirtschaftsministerium für ein abgestimmtes Außenwirtschaftskonzept des Landes. Diese Gespräche - wir haben es gehört - sind auf gutem Wege,

(Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD))

- (A) und wir werden das, so denke ich, bald im Wirtschaftsausschuß auch kommentieren und beraten können.

Begleiten Sie uns doch auch weiter auf diesem Weg. Muß man denn, Frau Thoben, alles madig machen? Sie wissen ja: Mit dieser Politik des Madigmachens sind Sie am 12. Mai vergangenen Jahres gescheitert. Wenn Sie das weiter so machen wollen, wird das auch in Zukunft noch häufiger geschehen.

(Beifall bei der SPD)

Sie fordern eine grundlegende Fortentwicklung des regionalen Förderungsinstrumentariums. Sie sagen aber nicht, welche Vorstellungen Sie dazu haben. Auch wir sind für eine Fortentwicklung des regionalen Förderungsinstrumentariums. Die Landesregierung paßt - das haben Sie doch auch zur Kenntnis genommen - die regionale Wirtschaftsförderung an geänderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen an, etwa mit der Änderung der Richtlinien für den regionalen Wirtschaftsförderungsbereich, die zum 30. Oktober des vergangenen Jahres herausgekommen sind und die verstärkt auch innovationsorientiert sind und technologische Aspekte fördern.

Bei der für 1986 angestrebten Neuabgrenzung der Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe auf der Basis aktualisierter Daten und verbesserter Methoden verfolgen wir das Ziel, eine Neuabgrenzung der Fördergebiete so zu erreichen, daß auch die traditionellen Industriegebiete, die durchaus Strukturprobleme aufweisen, in die Gemeinschaftsaufgabe einbezogen werden. Hier werden diese Fördergebiete gegenüber anderen Fördergebieten benachteiligt.

(B)

Da meine Redezeit zu Ende ist und ich etwas stärker auf das eingegangen bin, was Frau Thoben hier heute vorgetragen hat, darf ich abschließend um Zustimmung zu dem vorliegenden Einzelplan 08 und zu unseren Änderungsanträgen bitten, die sich, wie Sie wissen, auf eine verstärkte Förderung des Beratungsrahmens im Einzelhandel und auf eine Neuaufnahme für den Bereich der Filmwirtschaft konkretisiert haben. Im Wirtschaftsausschuß werden wir uns mit der CDU, wie ich das dort schon angekündigt habe, über die konkrete Umsetzung, nämlich nach Richtlinien, die wir als Land erlassen müssen, unterhalten und hoffentlich auch zu einem Konsens kommen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herren, ich habe jetzt zwei vorsorgliche Wortmeldungen und auch die des Wirtschafts-

ministers. Diese wird jetzt wahrgenommen. Herr Wirtschaftsminister, Sie haben das Wort. (C)

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es fällt schwer, auf die Aphorismen und Anmerkungen der Opposition ohne Anträge zu antworten. Das Nötige hat in der Hauptsache Herr Kollege Müller soeben auch schon gesagt.

Ich möchte aber ein Wort nicht versäumen, weil mir das wichtig erscheint, was Frau Thoben - und sie hat gesagt, sie spräche für ihre Fraktion - angekündigt hat, was die energiepolitische Debatte angeht, die wir fortsetzen sollten. Sie hat hier einmal daran erinnert, daß der Etat des Wirtschaftsministers ein Subventionsetat ist. Ich darf fragen: Was sollte er denn sonst sein? Sollte er ein Etat sein, in dem wir Anteile staatlicher Unternehmen verwalten? Sollte er ein Etat sein, mit dem wir staatliche Einrichtungen finanzieren?

(Zuruf der Frau Abg. Thoben (CDU))

- Nein, Sie erwecken hier den Eindruck - ich sage einmal: des Abscheus und des Ekels.

(Frau Thoben (CDU): Ach!)

- Ja, sicher, Sie fordern doch Subventionsabbau. Ich habe es doch erlebt, daß sich der Bundeswirtschaftsminister und der Bundesfinanzminister vor acht Monaten hingestellt und gesagt haben: Wir bauen die Subventionen ab; wir kürzen die Kokskohlenbeihilfe auf die Hälfte! Anschließend mußten Sie das dann wieder korrigieren. (D)

(Zustimmung bei der SPD)

weil inzwischen der Dollarkurs gesunken war, weil sich inzwischen die Kokskohlenpreise entwickelt hatten. Ich darf nur sagen: Das ist doch eine scheinheilige Debatte, die hier geführt wird, indem man mit Abscheu und Erregung vom Etat des Wirtschaftsministers als einem Subventionsetat spricht.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dorn zu?

(Minister Dr. Jochimsen: Ja, natürlich. Wenn die F.D.P. hier im Plenum spricht, kann ich das nur begrüßen.)

Dorn (F.D.P.): Herr Minister, würden Sie mir zustimmen, daß alle Bundesminister der Wirtschaft und der Finanzen - zumindest in

(Dorn (F.D.P.))

- (A) den letzten 22 Jahren, wie ich aus eigener Erfahrung weiß - den Subventionsabbau gefordert haben und keiner das bisher richtig realisiert hat?

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Ich stimme Ihrem ersten Satz zu. Dem zweiten Satz stimme ich nicht zu; denn ich stelle fest, daß die Subventionen, wenn ich mir den Agrarsektor ansehe, durch die gegenwärtige Koalition geradezu aufgebaut werden. Was ich in diesen Tagen darüber lese, erregt mich eher noch weiter. Da wird von Subventionsabbau als Regierungsprogramm geredet, und es wird in Wirklichkeit in gar keiner Weise realisiert.

Nein, ich habe zu dem Tatbestand sprechen wollen, Herr Kollege Dorn, daß die Sommerpause 1985 vom Kollegen Bundeswirtschaftsminister unter der Überschrift "Subventionsabbau" bestritten wurde, obwohl damals schon erkennbar war, daß die Haushaltsansätze für die Kokskohlebeihilfe nicht ausreichen würden.

Aber ich wollte eigentlich auf einen anderen Zusammenhang eingehen. Ich wollte nämlich das würdigen, wovon Frau Thoben eben gesagt hat, daß sie das zu sagen ausdrücklich autorisiert sei.

(Frau Abg. Thoben (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

(B)

Deshalb, Frau Thoben, stellen Sie Ihre Frage bitte einen Moment zurück; dann will ich sie gern entgegennehmen. - Sie haben gesagt, der Konsens in der Kohlepolitik solle erhalten bleiben. Das ist auch die Position der Landesregierung,

(Schumacher (Kall) (CDU): Der Konsens aller Länder!)

und das ist, soviel ich weiß, auch die Position der Mehrheitsfraktion in diesem Hause. Die Ablehnung Ihres Antrages Mitte September 1985 unmittelbar in den entscheidenden Verhandlungen über die Verlängerung des Hüttenvertrages war auch dadurch bedingt, daß Sie diesen Konsens ja Ihrerseits in Frage stellten und hier ausdrücklich erklärt haben, darüber, ob und wie man den Jahrhundertvertrag der Verstromung der Kohle über 1995 hinaus fortsetzen sollte, seien Sie ganz anderer Meinung als wir.

Wenn Sie jetzt in diese Kohlefraktion zurückkehren, kann ich das nur ausdrücklich begrüßen.

(Maedge (SPD): Wir auch!)

Es steht doch überhaupt nicht in Zweifel, daß dazu auch gehört - Frau Thoben, wir haben im Wirtschaftsausschuß darüber gesprochen -, daß Bund und Länder die Energiepolitik gemeinsam tragen müssen, und dazu gehört auch die Lösung der Entsorgungsprobleme, die Sie angesprochen haben. Das haben wir auch in der Wirtschaftsministerkonferenz einstimmig festgehalten.

(C)

Aber ich wäre sehr dankbar, wenn von der Opposition neben dem Wort "Entsorgung" auch die Sorge darum aufgenommen würde, daß wir die direkte Endlagerung, daß wir die Konditionierung dieser Brennelemente fördern müssen, daß wir aber auch ganz andere Entsorgungsprobleme unserer Industriegesellschaft lösen müssen. Ich meine das Altlastensanierungsproblem, bei dem ich mit Erschütterung feststelle, daß jetzt, nachdem alle erkannt hatten, daß bei diesem Thema der Bund und alle beteiligten Wirtschaftskreise zusammenwirken müssen, eine Lösung überhaupt nicht mehr zu erwarten ist, weil die Industrie eine bundesweite Lösung abgelehnt hat, weil aber auch die Umweltminister der unionsgeführten Länder und die Bundesregierung das nicht wünschen.

(Zuruf der Frau Abg. Thoben (CDU))

Das gehört zur Entsorgung mit dazu, Frau Kollegin Thoben. Es hat doch keinen Zweck, daß man das hier jeweils auf die Perspektive verengt, die man im Augenblick gern hätte.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

(D)

Da wird das Muster doch wieder sichtbar, daß ausgerechnet der Bund und die Länder, die über den Finanzausgleich erhebliche Mittel kassiert haben, als die Wirtschaftsstruktur an Rhein, Ruhr und an der Saar so leistungsfähig war, sich jetzt gegen eine gesamtstaatliche Lösung des Problems wenden. Das müssen wir hier anmerken und einklagen.

(Maedge (SPD): Genau das!)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Minister, lassen Sie Zwischenfragen zu?

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Ich möchte nur zunächst diesen energiepolitischen Teil zu Ende führen.

Ich möchte noch ein paar weitere Bemerkungen zu dem machen, was Frau Thoben gesagt hat. Wenn sie hier für die CDU-Fraktion festhält, der gegenwärtige Ölpreisverfall sei kein Anlaß für eine grundsätzliche Änderung

(Minister Dr. Jochimsen)

- (A) der Kohlepolitik, dann stimme ich dem ausdrücklich zu, und ich bin für dieses klare Wort dankbar.

(Frau Thoben (CDU): Das ist doch schon mal was!)

Jetzt kommt der nächste Punkt. Frau Thoben, Sie haben ja noch mehr gesagt. Sie haben von der angeblichen Sonderlast des Landes bei der Kohle gesprochen.

(Frau Thoben (CDU): Ja!)

Da kann ich nicht heftig genug widersprechen. Das ist eine Verkennung der Problemlage. Wir machen diese Kohlepolitik nicht primär aus regionalen und sozialen Gründen, sondern aus Energiewirtschaftsgründen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine Aufgabe, die der Bund zu erfüllen hat, und der Bund weiß das auch. Das Land beteiligt sich hier an Lasten, die eigentlich der Bund zu tragen hat. Beispielsweise ist das Saarland zu 100 % von diesen Lasten freigestellt.

(Zuruf von der SPD: So ist das!
- Dr. Heimes (CDU): Wir haben doch auch den regionalen Vorteil davon!)

- (B) Ich muß noch einen weiteren Punkt anfügen, den der Kollege Posser vor dem Bundesverfassungsgericht hat darlegen können, wobei uns immer noch eine Äußerung der Opposition zu unserem Verfahren in Karlsruhe fehlt. Der Bund hat Ende der 50er Jahre eine Heizölsteuer eingeführt, die gezielt und befristet dazu dienen sollte, daß die Kohleanpassung erleichtert und verbessert wird. Diese Finanzierung, die bis 1964 befristet war, läuft heute noch, und die Heizölsteuereinkommen fließen zu 100 % dem Bund zu. Sie werden aber nicht mehr so zweckgewidmet, wie das damals beschlossen worden war: Sie sollten eigentlich der Kohlefinanzierung dienen. Dazu hätte ich gern einmal ein klares Wort gehört.

(Elfring (CDU): Seit wann denn?)

Deshalb kann ich auch Ihre Begründung, daß Sie bereit sind, die Kohlelasten von Nordrhein-Westfalen aus weiter mitzutragen, aus regionaler Verantwortung nicht teilen und nicht verstehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann Ihnen nur sagen: Da ist noch weiterer Diskussionsbedarf, darüber sollten wir uns dann noch einmal, was ich sehr

begrüßen würde, ausführlich unterhalten, weil ich Ihre Ansicht teile, daß es notwendig ist, den Konsens in der Energiepolitik jetzt zu bewahren und die nötigen und richtigen Schritte dazu zu tun. Deshalb wollte ich diese Einlassung von Ihnen in einem ersten Kommentar hier würdigen. (C)

Vizepräsident Dr. Riemer: Jetzt sind Sie mit einer Zwischenfrage einverstanden.

(Minister Dr. Jochimsen: Ja!)

Frau Thoben (CDU): Einmal habe ich nicht ganz verstanden, wie Sie hier Hüttenvertrag und Stromkosten in Verbindung gebracht haben.

(Minister Dr. Jochimsen: Das habe ich nicht!)

- Das haben Sie im Zusammenhang mit unserem Antrag gesagt, den Sie nicht einmal beraten lassen wollten, da er zur Unzeit gekommen sei, wo gerade Verhandlungen über den Hüttenvertrag liefen. Das habe ich nicht verstanden.

Eine zweite Frage ist mir wichtiger:

(Maedge (SPD): Eine Frage!)

Sie haben gesagt, die Kohlepolitik würde nicht primär aus regional- und sozialpolitischen Gründen erfolgen. Wenn sie nicht primär aus diesen Gründen erfolgt, dann heißt das nach meinem Sprachverständnis: Sie erfolgt auch aus diesen Gründen, und genauso sehen wir das. Wenn sie auch aus diesen Gründen erfolgt, dann frage ich Sie noch einmal: Halten Sie die Beteiligung des Landes an 17 % der Kosten, die das verursacht, für unangemessen, wenn 85 % der Arbeitsplätze in unserem Land liegen? (D)

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Diese Rechnung, Frau Thoben, die hier von der CDU neuerdings immer propagiert wird, ist irreführend und falsch. Von den 85 %, die Sie hier aufführen - das sind die Beiträge aus dem Strom, dem Kohlepfennig und vom Bund -, trägt Nordrhein-Westfalen allein beim Aufkommen des Kohlepfennigs 36 %. Machen Sie doch nicht immer diese Milchmädchenrechnung auf, daß Sie den Landesetat Nordrhein-Westfalen von den Wirtschaftsinteressen im Lande Nordrhein-Westfalen und von den Interessen der Verbraucher separieren! Der größte Anteil des Kohlepfennigs kommt aus Nordrhein-Westfalen.

Ich will noch eine weitere Bemerkung anschließen. Es ist richtig, daß es keine sektorale Strukturpolitik gibt. Es gibt keine

(Minister Dr. Jochimsen)

- (A) Energiepolitik ohne regionale Auswirkungen, es gibt auch keine Airbus-Politik ohne regionale Auswirkungen, es gibt auch keine Stahlpolitik ohne regionale Auswirkungen oder eine Agrarpolitik ohne regionale Auswirkungen. Mit dieser Begründung, Frau Kollegin Thoben, öffnen Sie der Gemeinschaftsfinanzierung aller bundesstaatlichen Aufgaben Tor und Tür, und das ist ja auch die Absicht, die der Bundesfinanzminister verfolgt. Und auch die CDU verfolgt die Absicht der Regionalisierung der gesamten Verantwortung für die deutsche Volkswirtschaft, die in Bonn und Brüssel wahrgenommen werden könnte. Ich bitte Sie, das ganz ernst zu nehmen, und die größte Oppositionspartei sollte einmal darüber nachdenken und nicht so schludrig mit ihrer Terminologie umgehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe eben von Aphorismen und Anmerkungen gesprochen. Das reicht nicht aus, um mit den Fragen, mit denen wir hier im Bundesländer-Verhältnis stehen, auszukommen.

Wir haben angemahnt - ich darf das wiederholen -, die CDU sollte für die Landesinteressen sprechen. Zu den Landesinteressen gehört auch eine klare Sprache, eine klare Begrifflichkeit. Übernehmen Sie nicht das, was die niedersächsische Wirtschaftsministerin in interessengebundener Position hier aufschreibt und Ihnen in Papieren leistet,

(Beifall bei der SPD)

- (B) und übernehmen Sie nicht das, was aus dem Freistaat im Süden an Papieren kommt, sondern prüfen Sie das einmal, und zwar in kritischer Solidarität für die Antworten, die dieses Land im Bundesstaat und in der deutschen Volkswirtschaft verdient.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Minister, lassen Sie noch eine Zwischenfrage zu?

(Minister Dr. Jochimsen: Ja.)

- Frau Thoben, bitte!

Frau Thoben (CDU): Herr Minister, ist Ihnen nicht bekannt, daß Nordrhein-Westfalen aus dem Aufkommen des Kohlepfennigs weit über 50 % bekommt

(Minister Dr. Jochimsen: Weil wir die Kohle einsetzen, ja, sicher.)

- richtig! - und daß zum Beispiel die Stromverbraucher in Bayern an die EVU in

Nordrhein-Westfalen rund 200 Millionen DM im Jahr zahlen, (C)

(Minister Dr. Jochimsen: Aber, Frau Kollegin Thoben, jetzt - -)

und ist das kein Konsens und kein Mitwirken anderer Bundesländer?

(Minister Dr. Jochimsen: Nein, das ist - -)

Wollen Sie das aufkündigen?

(Zurufe von der SPD)

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Aber, Frau Kollegin Thoben, nun wischen Sie doch nicht aus! Sie haben gesagt, das Land trägt 17 % der Kohlelasten,

(Zuruf der Frau Abg. Thoben (CDU))

und ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß die nordrhein-westfälischen Stromverbraucher 36 % des Kohlepfennigs beitragen und daß die Rechnung eine falsche Rechnung ist, eine irreführende Rechnung, eine Rechnung, bei der ich vermute, daß Methode dahintersteckt. Aber ich mache das fest an der Metapher: Diese CDU vertritt gegenwärtig nicht die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. (D)

(Zurufe - Unruhe)

- Also: Herr Dr. Linssen von der Fraktion der CDU hat das Wort.

(Maedge (SPD): Komische Spiele!)

Dr. Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wirtschaftsminister, Ihre letzte Bemerkung kann man so nicht im Raum stehenlassen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir halten es für eine Anmaßung erster Güte, dann, wenn Sie sich offensichtlich nicht zu helfen wissen, wieder einmal das mangelnde nordrhein-westfälische Bewußtsein der CDU an die Wand zu malen. Das ist einfach unglaublich! Sie haben ja meine Zwischenfragen offensichtlich bewußt nicht zulassen wollen.

(Lachen bei der SPD)

(Dr. Linssen (CDU))

(A) Ich stand - ich weiß nicht - sicherlich eine Viertelstunde da.

(Zurufe von der SPD)

Herr Minister, fällt Ihnen nicht auf - ich darf die Fragen jetzt hier stellen -, daß Sie offensichtlich die Verabschiedung des Landes Nordrhein-Westfalen aus der Mitfinanzierung der Kohle erst dann propagieren, wenn Ihnen finanziell das Wasser bis zum Halse steht?

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf des Ministers Dr. Jochimsen)

- Moment! Sie haben doch gesagt, das sei in erster Linie eine energiewirtschaftliche Aufgabe, eine sektorale Aufgabe. Offensichtlich ist Ihnen das Gutachten des Steinkohlenverbandes mit den Auswirkungen sowohl arbeitsmarktpolitischer als auch einkommenspolitischer Art in Nordrhein-Westfalen nicht bekannt. Sonst würden Sie so etwas nicht sagen.

Ich kann mir also nur vorstellen, daß Sie nach gehabtem Muster einen Buhmann suchen, dem Sie auch noch die finanziellen Lasten aufdrücken wollen, und das ist - wie gehabt - Bonn.

Ich habe Ihre Aussagen heute so verstanden, daß Sie offensichtlich den Aussagen des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Farthmann, voll zustimmen, der sagt: Wir können die Milliarde für die Kohle nicht mehr tragen. Offensichtlich haben Sie den Brief des Herrn Posser sehr ernst genommen, der gesagt hat: Wir müssen bei der miesen finanziellen Lage dieses Landes die Vorrangbereiche unserer Politik diskutieren. Das heißt: Wir müssen uns offensichtlich davon verabschieden.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege Linssen, Sie hatten sich sicher zu einer Zwischenfrage gemeldet. Aber wenn sich dann Frau Thoben zu einer Zwischenfrage meldete, haben Sie jedesmal verzichtet - ich meine: was Sie ehrt -, so daß ich hier nicht erkennen konnte, ob die Zwischenfrage aufrechterhalten blieb.

(Heiterkeit und Zurufe)

Aber Sie haben das wahrscheinlich durch die Möglichkeit, jetzt hier am Rednerpult Stellung zu nehmen, wieder ausgeglichen.

Zu Wort Herr Abg. Mernizka von der Fraktion der SPD hat sich noch zu Wort gemeldet; ich erteile es ihm.

Mernizka (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man darf sich nicht darüber beschweren, man würde unverschuldet bezichtigt, die Interessen des Landes nicht zu vertreten, wenn man hier solche Ausführungen macht wie Sie, Frau Thoben.

(C)

(Schumacher (Kall) (CDU): Das glauben Sie doch selbst nicht.)

Außer Kritik bis hin zu Unterstellungen und unwahren Behauptungen war doch in Ihren Aussagen für das Land nichts drin.

Ich bin seit einem Jahr im Wirtschaftsausschuß, und ich maße mir nicht an, ein Wirtschaftspolitiker zu sein, der nun alles kann und alles gelernt hat. Ich habe gedacht, im Wirtschaftsausschuß könnte man wirklich einmal über die Probleme des Landes diskutieren. Ich habe festgestellt, daß das nicht der Fall ist. Die Diskussion über das, was wir wollen, führen wir im Arbeitskreis.

(Heiterkeit und Zurufe von der CDU)

- Da brauchen Sie nicht zu lachen! Sie lachen zu früh. - Aber die Diskussion mit Ihnen, die dann im Ausschuß stattfinden muß - dort brauchen wir ja nicht unter uns zu diskutieren -, die kann nicht stattfinden, weil Sie nichts bringen und bis jetzt nichts gebracht haben, jedenfalls in dem einen Jahr, in dem ich Mitglied dieses Ausschusses bin.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

(D)

Ausgenommen Kritik und Spitzfindigkeiten! Das haben Sie heute wieder einmal bewiesen. Jetzt haben Sie auf einmal auch noch etwas an dieser Ausstellung gefunden. Bis jetzt ist es begrüßt worden, daß so etwas gemacht wird. Und dann schämen Sie sich heute nicht, hier auch noch einen kleinen Kritikpunkt zu bringen, weil man ja alles kaputtreden muß: Da wären in der Sowjetunion Ferien, und es wäre ein Riesenfehler, dann diese Ausstellung zu machen. Dabei geht es weniger darum, dann Ferien sind, sondern es geht darum, daß die Leute da sind, die wir auf einer solchen Ausstellung brauchen. Und das ist garantiert, Frau Thoben, und ich hoffe, daß Sie mit dabei sind. Dann können Sie das auch feststellen.

Aber das liegt in der Linie: alles kritisieren, alles bemäkeln, destruktive Haltung im Ganzen

(Zuruf des Abg. Aigner (SPD))

und dann erwarten, daß dieses Land seine richtige Stellung im Rahmen der Bundesrepublik behält.

(Mernizka (SPD))

- (A) Meine Damen und Herren, ich will hier nicht meine vorgefertigte Rede halten. Ich will nur eines sagen: wer den Eindruck erweckt, dieses Land sei bankrott, stehe vor der Pleite, der tut diesem Land Schaden an.

(Zustimmung bei der SPD - Fortgesetzt
lebhaftes Zurufe von der CDU)

Sie haben dies in Ihren wirtschaftspolitischen Aussagen ganz klar getan. Der Finanzminister, meine Damen und Herren - -

(Weitere Zurufe von der CDU)

- Hören Sie mal zu, Sie alten Krähhähne!

(Heiterkeit bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Der Finanzminister, meine Damen und Herren, hat nicht mehr und nicht weniger getan als die finanzpolitische Situation des Landes dargestellt,

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

und das ist ja wohl seine Aufgabe! Und was haben Sie getan? Sie wollten noch mehr haben über das hinaus, was das Land überhaupt leisten kann. Dann sind Sie im finanzpolitischen Sinne eigentlich die Pleitemacher und nicht wir! Damit das klar ist!

(Zustimmung bei der SPD - Lachen bei der CDU)

(B)

Meine Damen und Herren, um noch einmal auf die unwahren Behauptungen zurückzukommen, die ja gemacht werden, um hier kurzfristige parteiopportunistische Zielvorstellungen zu verwirklichen: Sie haben behauptet, die Mittel für die Bergbauforschung seien gekürzt worden, und damit sei dort nicht mehr das möglich, was dort eigentlich getan werden sollte.

Meine Damen und Herren, gucken Sie sich die Haushaltsposition an. Sie, die Sie länger in diesem Ausschuss sind, wissen das viel besser als ich. Es ist eindeutig klar, daß mit den veranschlagten Förderungsmitteln bei der Bergbauforschung alles das durchgeführt werden kann, was vorgesehen ist, und sogar neue, zusätzliche Aufgaben wahrgenommen werden können.

(Zuruf der Frau Abg. Thoben (CDU))

Sie haben hier etwas anderes behauptet, und das stimmt nicht, und das ist die Unwahrheit, Frau Thoben. Gucken Sie sich das an! Ich will Ihnen das hier nicht vorlesen; das können Sie selbst lesen.

(C) Dieses Land, meine Damen und Herren, hat eigentlich eine Opposition nötig, die dieses Land auch gegen Schmähungen von außen vertritt. Denn dieses Land ist es nach dem Krieg gewesen, was mit zum Aufbau der Bundesrepublik Deutschland beigetragen hat.

Dieses Land ist es gewesen, was durch seine Arbeitnehmer und seine Unternehmer die Bundesrepublik in schweren Zeiten in stand gehalten hat, und dieses Land muß es auch weiter sein: ein wichtiger Pol der Industriepolitik und Wirtschaftspolitik in dieser Bundesrepublik, und dazu gehört, auch einmal gut über dieses Land zu reden und es nicht schlecht zu machen, wie Sie das tun.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse abstimmen, und zwar über den Einzelplan 08. Änderungsanträge liegen nicht vor, meine Damen und Herren!

Wer dem Entwurf dieses Einzelplans entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/728 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe, bitte! - Enthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 08 in zweiter Lesung angenommen.

Ursprünglich, meine Damen und Herren, war vereinbart, jetzt die Abstimmung über die Einzelpläne 05 und 06 durchzuführen.

(D)

(Zurufe: Ja!)

Aber der Wohnungsbauausschuß tagt mit Genehmigung des Präsidenten, und ich bin gebeten worden, diese Abstimmung zurückzustellen, weil im Zusammenhang mit dem Einzelplan 05 eine namentliche Abstimmung - über einen Änderungsantrag der CDU - vorgesehen ist.

Ich rufe deswegen auf:

Einzelplan 09: Minister für Bundesangelegenheiten

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/729.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, das ist eine Vereinbarung, die getroffen worden ist und an die ich mich hier als Präsident halte. Ich bitte das zu respektieren!